

## Statt Privatgymnasium soll die Stadt die Regelschule JKG fördern

Zu „Partner für die IU und ein Privatgymnasium?“ vom 7. Dezember

„Die Interessen sinnvoll zu steuern, ist Aufgabe der Kommunalpolitik . . .“ heißt es im Bericht über die Zweierbeziehung JKG – IU, die unverhofft zu einer Dreierbeziehung JKG – IU – Privatgymnasium wurde oder werden soll. Doch wo liegen die Interessen? Wo liegen die Interessen der Stadt oder besser: Wo sollten sie liegen?

Der Mehrwert für „die Stadt“ durch eine Privat-Uni – mit etwas mehr als einer Handvoll vermutlich zahlungskräftiger Studenten – und eines Privatgymnasiums, das sich aufgrund des zu zahlenden Schulgeldes nur ver-schwindend wenige Eltern werden leisten können, hält sich mehr als in Grenzen. In „Pisa-Zeiten“, in denen auch im Musterländle feh-

lende oder mangelhafte Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler beklagt werden, in denen nachgewiesen wurde, dass insbesondere bei bildungsfernen Schichten anzusetzen ist, muss das Interesse der Stadt sein, die Regelschule zu fördern: Die Schule, die als größtes Gymnasium im Regierungsbezirk für die Bildung und Erziehung von knapp 1 500 Schülerinnen und Schülern aus Bruchsal und Umgebung Verantwortung übernimmt. Die Regelschule, die sich unter ungünstigsten Rahmenbedingungen der Aufgabe stellt, die ihr Staat und Gesellschaft übertragen haben, obwohl es ihr Staat und Gesellschaft und die Stadt als Schulträger immer schwerer machen, diese Aufgabe zu erfüllen.

Knapp 1 500 Schülerinnen und Schüler, über 100 Lehrerinnen und Lehrer, fehlende Fach- und andere Räume trotz Neubau im Hof

und Auslagerung der 10. und 11. Klassen, Lärmbelästigung zweier Bundesstraßen und eine drohende Rampe direkt vor der Nase: Die Stadt sollte endlich akzeptieren, dass es ihre vielleicht wenig publikumswirksame, aber ihre vornehmste Aufgabe ist, die Regelschule JKG in ausreichendem Maße zu fördern.

Getätigte Investitionen im Bereich Brandschutz waren notwendig und eine geplante Verbesserung bei der Zwangsbelüftung zum Hof sind möglicherweise sinnvoll, sie fördern Schule und Unterricht jedoch nur marginal. Der Gemeinderat sollte endlich Nägel mit Köpfen machen: 1 500 Schülerinnen und Schüler ziehen in die ehem. Dragonerkaserne um, denn für 123 Studenten reichen das JKG-Gebäude und der Neubau allemal. Und das Privatgymnasium, für das bereits in den Grundschulen geworben wird? Einen passen-

den Standort wird Planer Dr. Gericke sicher finden – aber bitte nicht auf Kosten des JKG.

„Die Interessen sinnvoll zu gestalten, ist Aufgabe der Kommunalpolitik . . .!“ Es klingt wie Hohn, wenn im Bericht „eine Diskussion der Zusammenhänge“ auf der Gesellschafterversammlung der IU „denkbar“ wäre. Unseres Wissens ist auch in Bruchsal der Gemeinderat das Hauptorgan der Stadt.

Die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer des JKG fordern eine grundlegende Entscheidung des Gemeinderats zu Gunsten der Einrichtung, deren Förderung den größten Mehrwert für die Stadt bringen wird.

Hanspeter Gaal  
Personalratsvorsitzender am JKG  
Moltkestraße 33  
Bruchsal